

N

NACHRICHTEN

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch

BERN

Homosexuelle sollen vor Diskriminierung geschützt werden

Die Rechtskommission des Ständerats will Homosexuelle nun doch besser vor Diskriminierung schützen. Sie hat einer parlamentarischen Initiative von Nationalrat Mathias Reynard (SP/VS) mit 11 zu 1 Stimmen zugestimmt. Letztes Jahr hatte sich die Kommission noch gegen das Anliegen ausgesprochen. Der Nationalrat nahm die Initiative im vergangenen März jedoch klar an. Diese verlangt, dass künftig auch die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung strafbar sein soll. Nach geltendem Recht wird lediglich die Diskriminierung aufgrund von Rasse, Ethnie oder Religion strafrechtlich verfolgt. (sda)

ZÜRICH

2000 Stellen weniger in der Maschinenindustrie

Der Franken-Schock kostet Arbeitsplätze: Seit der Aufhebung des Euro-Mindestkurses von 1,20 Fr. durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) haben KMU in der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (MEM-Industrie) rund 2000 Stellen gestrichen. Dies geht aus einer repräsentativen Umfrage des Branchenverbandes Swissmechanic hervor, der die kleinen und mittleren Unternehmen der MEM-Branche vertritt. Die Umsätze werden zwar von 40 Prozent der Befragten als befriedigend bewertet, Probleme bereiten den Unternehmen jedoch die seit Jahren sinkenden Margen. (sda)



ERIWAN

Armenien gedenkt den Opfern vor 100 Jahren

Mit einer Schweigeminute hat Armenien der Opfer der Massaker durch das Osmanische Reich vor hundert Jahren gedacht. Armeniens Präsident Sersch Sargsjan legte gestern an der zentralen Gedenkstätte für die Opfer Blumen nieder. Er dankte den internationalen Gästen für ihre Verbundenheit mit dem armenischen Volk. Zugleich forderte er die Türkei auf, die Massaker im Osmanischen Reich als Völkermord anzuerkennen. An der Zeremonie nahmen Frankreichs Präsident François Hollande, Russlands Staatschef Wladimir Putin und weitere Politiker aus dem Ausland teil. Aus der Schweiz war eine Parlamentarier-Delegation nach Eriwan gereist. (sda)

Auf dem Laufenden bleiben

Über die Kanäle der Südostschweiz sind Sie stets gut informiert.



Twitter
@suedostschweiz



Facebook
Südostschweiz



Online
suedostschweiz.ch

Ein knappes Votum für ein nationales Burkaverbot

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats hat gestern mit 11:10 Stimmen Ja gesagt zum Vorstoss «Verbot der Verhüllung des eigenen Gesichts» von SVP-Nationalrat Walter Wobmann.

von Rinaldo Tibolla

Die Schweiz ist bereit für ein Burkaverbot. Diese Meinung vertritt die staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK). Mit 11:10 Stimmen bei zwei Enthaltungen hiess sie gestern die parlamentarische Initiative des Solothurner SVP-Nationalrats Walter Wobmann gut. Der Vorstoss orientiert sich am Burkaverbot, welches die Tessiner Bevölkerung bereits im September 2013 mit über 65 Prozent Ja-Stimmen angenommen hatte. Der Vorstoss von Wobmann verlangt, dass niemand sein Gesicht im öffentlichen Raum oder an allgemein zugänglichen Orten verhüllen oder verbergen darf. Ausserdem soll niemand eine Person zwingen dürfen, ihr Gesicht aufgrund ihres Geschlechts zu verhüllen.

Wobmann, der zusammen mit dem Egerkinger Komitee bereits eine Volksinitiative mit dem gleichen Anliegen zur Prüfung bei der Bundeskanzlei eingereicht hat, ist erfreut über diesen Entscheid. «Es zeigt, dass die Gesichtsverhüllung ein öffentliches Thema ist und sicherlich zu einem Thema in der Schweiz wird», sagt Wobmann. Im umliegenden Ausland wie in Frankreich, Belgien und den Niederlanden sei das Tragen einer Burka oder einer Niqab in der Öffentlichkeit ja bereits untersagt. «Wieso sollten wir dies nun in der Schweiz nicht machen?», fragt Wobmann.

Gegner sehen keinen Handlungsbedarf

Ganz anders tönt es von Gegnern des Verhüllungsverbotes. «Wo bitte ist der Handlungsbedarf?», fragt die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker. Sie habe in der Schweiz noch nie eine Burkaträgerin gesehen – vielleicht eine Niqab-Trägerin. «Es ist einfach eine Stellvertreterdiskussion. Ich sehe nicht ein, wieso es eine Verfassungsbestimmung für diese Vollverschleierung braucht», sagt Schenker. Sie sei über das Votum der SPK – Schenker ist auch Mitglied – entsetzt. Den Entscheid bedauert auch Kurt Fluri, Solothurner FPD-Nationalrat und SPK-Mitglied: «Es ist die Umkehr des libe-



Die totale Verhüllung des Gesichts: Wird sie bald schweizweit verboten?

Bild Keystone/Marcel Bierli

ralen gesellschaftspolitischen Prinzips. Normalerweise reagiert die Politik auf etwas, wenn eine konkrete Gefährdung besteht.» Fluri sieht sich mit dem Verhüllungsverbot ins 19. Jahrhundert zurückversetzt, als Vorschriften erlassen wurden, obwohl kein Indiz vorlag. «Das ist absolut überdimensioniert», so Fluri.

So wie Fluri haben es aber offenbar nicht alle Mittelpolitiker gesehen. Sowohl Vertreter aus seiner Partei, aber auch CVP-Politiker ha-

ben für das Ansinnen gestimmt. Die von der SVP und Lega dominierte SPK hatte es somit einfach. In erster Linie hat offenbar die Angst vor einer Volksabstimmung zum Thema den Ausschlag gegeben. Die Mehrheit will eine Lösung auf parlamentarischer Ebene finden. Nach dem Nationalrat muss jedoch auch der Ständerat noch darüber befinden. Für Wobmann ist klar, dass man bis dahin an der Volksinitiative weiterarbeitet.

Neuer Streit um Journalisten-GAV

Medienministerin Doris Leuthard fordert die Verleger auf, in den Verhandlungen um einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mehr Gesprächsbereitschaft zu zeigen. Deren Präsident aber winkt ab.

von Dennis Bühler

Es waren erstaunlich deutliche Worte, die Bundesrätin Doris Leuthard in der gestrigen Ausgabe der «Südostschweiz» an die Verleger richtete: Die Medienhäuser müssten sich fragen, welches Qualitätsniveau sie wollten, weil «letztlich die Glaubwürdigkeit ihrer Produkte auf dem Spiel steht», sagte sie. Und: «Ich würde mir sehr wünschen, dass sich die Verleger Gesprächsbereiter zeigen und sich mit den Gewerkschaften auf einen neuen Gesamtarbeitsvertrag einigen können.»

Die Arbeitnehmervertreter reagierten gestern hochofren auf die unerwarteten Äusserungen Leuthards. «Als ich in den Morgennachrichten davon gehört habe, bin ich vor Freude fast aus dem Bett gefallen», sagt Nina Scheu von der Mediengewerkschaft Syndicom. Der Bundesrat müsse bei Verhandlungen zwischen Sozialpartnern keineswegs so untätig bleiben, wie er es in den letzten Jahren in der Medienbranche gewesen sei. «Johann Schneider-Ammann hat in der Metallindustrie ja auch erfolgreich vermittelt.» Nach den Worten erwarte sie nun auch Taten, falls die Verleger die Sozialpartnerschaft weiterhin torpedierten.

Vergleich mit der Romandie

Im Jahr 2004 haben die Verleger den GAV aufgekündigt, seither existiert nur noch in der Romandie ein Mindeststandards definieren-

des Vertragswerk. In der Westschweiz wirke sich der GAV spürbar positiv auf das Qualitätsniveau aus, sagte Leuthard im Interview mit der «Südostschweiz». Und auch Gewerkschafterin Scheu findet: «Was sich für die Suisse romande bewährt, kann in anderen Landesteilen nicht falsch sein.»

Hanspeter Lebrument, Präsident des Verbandes Schweizer Medien und Verleger der auch die «Südostschweiz» herausgebenden Samedia, dämpft die neu gehegte Hoffnung der Gewerkschaften auf Anfrage aber postwendend wieder. Es störe ihn zwar keines-

wegs, wenn sich Medienministerin Leuthard für einen GAV ausspreche, sagt er. Schliesslich dürfe jede Schweizer Bürgerin ihre Meinung kundtun. «Doch ein branchenweiter GAV ist schlicht und einfach nicht sinnvoll.» Zum einen unterschieden sich die verschiedenen Verlage hinsichtlich Grösse und finanziellen Voraussetzungen viel zu stark, sagt Lebrument. «Noch wichtiger aber ist: Wir haben keinerlei Anzeichen, dass den Journalisten überhaupt etwas an einem GAV liegt.» Während seiner bis anhin gut elfjährigen Präsidentschaft habe ihn nie ein Brief oder ein Telefonat eines Journalisten erreicht, in welchen die Bedeutung eines neuen Vertrags betont worden wäre.

«Nach Affront kein Vertrauen mehr»

Glaubt man den Gewerkschaften, stand eine Lösung im GAV-Streit vor anderthalb Jahren unmittelbar bevor. Im letzten Moment hätten Lebrument und die weiteren Mitglieder des Verlegerverbandpräsidiums die Einigung jedoch vom Tisch gewischt, sagt Urs Thalman, Geschäftsführer der Gewerkschaft Impressum. «Nach diesem Affront starb bei uns der verbleibende Rest Vertrauen in den Willen zur Sozialpartnerschaft seitens der Verleger.»

Lebrument hingegen, der damals den nach seinen Angaben nicht zu Verhandlungen autorisierten Geschäftsführer zurückpiffte, sagt: «Seit 2004 hat es nie mehr einen ernsthaften Versuch gegeben, einen neuen GAV einzuführen.»



«Seit es keinen GAV mehr gibt, hat es nie einen ernsthaften Versuch gegeben, einen neuen einzuführen.»

Hanspeter Lebrument
Präsident Verband Schweizer Medien